

entsprechende Zahl von Sitzen für die sogenannten *Scheduled Castes* und *Scheduled Tribes*, d.h. benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die in Listen benannt und somit abgrenzbar sind (Art. 341 der Verfassung). Die Reservierung bedingt nicht getrennte Wählerschaften, sondern Auswahl von Wahlkreisen für reservierte Sitze, die eine Konzentration dieser benachteiligten Bevölkerungsgruppen aufweisen.

Im Bildungsbereich wird mit Schulgeldfreiheit und materiellen Zuschüssen geholfen. Die Quoten für die weitere Ausbildung, z.B. in Colleges, können oft allerdings wegen mangelnder Erfüllung der Leistungsanforderungen nicht voll genutzt werden. Auch für eine Anstellung im Staatsdienst gibt es Quotierungen mit unterschiedlichem Erfüllungserfolg.

Die verordnete Bevorzugung bestimmter Bevölkerungsteile nur wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit verursacht in Vergangenheit und Gegenwart heftige Attacken der ursprünglich privilegierten Schichten wegen Gleichbehandlung, Qualität und Abgrenzbarkeit des Personenkreises. A. Zilm stellt die Schwierigkeiten, die die juristischen Nachwehen des Kastensystemwesens im heutigen Indien darstellen, zu Recht als Hauptteil ihres Buches im einzelnen dar.

3. Die Kastenautonomie wirkt sich noch deutlich in den Bereichen des Tempelzugangsverbotes und der Exkommunikation aus. Liegt in der Ausübung der diesbezüglichen Autonomie ein Verstoß gegen die Abschaffung der "Unberührbarkeit" vor, so hat sie als verfassungswidrig keinen Bestand.

4. Im vierten Abschnitt behandelt A. Zilm ausführlich die Auswirkungen des Protection of Civil Rights Act 1955, das als Anti-Diskriminierungsgesetz ein strafrechtliches Instrumentarium zur Bekämpfung der dem Kastensystem entspringenden "Unberührbarkeitspraktiken" geschaffen hat.

Für die deutsche Rechtswissenschaft ist diese Arbeit als sehr verdienstvoll anzusehen. Sie wäre ohne britische Bibliotheken mit (bis einschließlich 1992 erschienener) indischer und anglo-amerikanischer Literatur nicht zustande gekommen, wie A. Zilm im Vorwort schreibt. Und es ist leider bezeichnend, daß sie das Promotionsthema im Bereich der (deutschen! d. Rezensent) Rechtswissenschaft für "exotisch" hält. Jede Initiative dieser Art ist sehr zu begrüßen.

*Armin Albano-Müller*

*Patrick Köllner* (Hrsg.)

**Korea 1997**

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1997, 297 S., DM 38,--

Zum zweiten Mal legt Patrick Köllner sein im Vorjahr mit einem fulminanten Start ins Leben getretene Korea-Jahrbuch vor, und wiederum ist ein Werk entstanden, das für Kenner und Laien gleichermaßen informativ und lesenswert ist. Dies gilt uneingeschränkt auch

heute, obwohl die im Dezember 1997 ausgebrochene, zeitweise existenzbedrohende Wirtschaftskrise Südkoreas naturgemäß nicht berücksichtigt ist und auch von keinem der – neben dem Herausgeber – zehn Autoren vorausgesehen wurde. Manche der warnenden Hinweise auf wirtschaftliche Strukturprobleme lesen sich im Nachhinein allerdings ominöser, als sie von den Verfassern selbst im Augenblick der Niederschrift gemeint waren. Auch und gerade nach dem zum Jahreswechsel 1997/98 vollzogenen politischen Machtwechsel dürfte die Zuversicht begründet sein, daß diese Probleme – da erkannt – beherrschbar sind und überwunden werden können.

Doch nun zum Inhalt im einzelnen: Schon beim Blick ins Inhaltsverzeichnis fällt auf, daß von den zwölf Sachkapiteln nur zwei (mit ganzen 18 von 265 Textseiten) Nordkorea gewidmet sind. Ein erneutes Indiz für die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, aus diesem abgeschotteten Land einigermaßen zuverlässige und aussagekräftige Informationen zu beschaffen. Um so dankbarer ist man dafür, daß die im Anhang von *Günter Schucher* (Deutsches Übersee-Institut) beigesteuerte "Kurzbibliographie" (immerhin 22 Seiten!) dieses Jahr "Das politische System Nordkoreas" zum Gegenstand hat. Hier dürfte wirklich alles erfaßt sein, was weltweit zwischen 1992 und 1997 über Nordkorea erschienen ist.

Umfassend wird dagegen über nahezu alle Aspekte der Entwicklung Südkoreas berichtet. Allerdings muß sich gleich zu Beginn der Herausgeber selbst eine kritische Anmerkung gefallen lassen: Die von ihm zusammengestellte Chronik der Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel" endet unerklärlicherweise am 27.12.1996! So fehlt die am 29.12. erreichte Lösung des U-Boot-Zwischenfalls vom September 1996: Die findet man im außenpolitischen Kapitel von *Guido Kemmerling*. Doch bleibt dies die einzige redaktionelle Panne. Im folgenden ersten Sachkapitel schildert *Manfred Pohl* (Professor an der Universität Hamburg, langjähriger Mitarbeiter am Institut) "Die südkoreanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen". In dieser bis August 1997 fortgeführten Darstellung spielt das Revisionsverfahren eine gewichtige Rolle, in dem die langjährigen Haftstrafen gegen die beiden früheren Präsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo wegen Hochverrats und Bereicherung im wesentlichen bestätigt wurden, ebenso aber auch der Hanbo-Skandal. Hier ging es um die Verstrickung eines Präsidentensohnes in undurchsichtige Machenschaften, die zu immer neuen – letztlich nutzlosen – Krediten an einen maroden Konzern führten: erstes Wetterleuchten der späteren Finanzkrise! Als Kontrastprogramm oder Kehrseite der Medaille kann man den Folgebeitrag von *Roland Wein* (Forschungszentrum des Korea-Verbandes Essen) lesen: "Südkorea auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: Die Zivilgesellschaftsorganisationen". Wein macht deutlich, daß der ostasiatischem Denken ursprünglich fremde Begriff der Zivilgesellschaft inzwischen auch dank des Wirkens der "Minjung"-Protestbewegung der 70er und 80er Jahre in Korea so fest verwurzelt ist, daß einer ihrer Protagonisten sie 1995 als "Grundlage von allem" und "Quelle aller neuen Gedanken und Schöpfungen" bezeichnen konnte.

Präzis und informativ beleuchtet *Guido Kemmerling* (Botschaft Seoul) "Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 1996/97" (bis April 1997). Hier werden auch die negativen und positiven Aspekte des Süd-Nord-Verhältnisses deutlich: Der U-Boot-

Zwischenfall vom September 1996 einerseits und die beginnende Zusammenarbeit im KEDO-Leichtwasserreaktorprojekt andererseits. Eine hoch erwünschte Detaillierung gibt *Thorsten Hutter* (Botschaft Seoul) über "Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Südkorea".

Die sechs der Wirtschaft gewidmeten Beiträge werden eingeleitet durch die Momentaufnahme von *Rainer Henseleit* (Bundesstelle für Außenhandelsinformationen): "Südkorea: Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1997". Er konstatiert eine "dramatische Verschlechterung" der Wettbewerbsfähigkeit der "vor sich hin dümpelnden" südkoreanischen Wirtschaft. Diese Diagnose teilen auch *Rüdiger Frank* und *Werner Pascha* (Assistent und Professor an der Universität Duisburg) in ihrer Studie "Der OECD-Beitritt Südkoreas: Ein Symbol für den wirtschaftlichen Entwicklungsstand des Landes". Sie sehen in dieser Zäsur, mit der Südkorea "die Spielregeln der Oberliga akzeptierte", trotzdem einen richtigen und notwendigen Schritt. Ähnlich fällt auch die Bewertung der Wirtschaftsgeographin *Karin Wessel* (Humboldt-Universität Berlin) zum Thema "Technologiepolitik und High-Tech-Industrie im Spannungsfeld von Wirtschaftswachstum und ausgleichsorientierter Regionalentwicklung" aus. *Rüdiger Machetzki* (Mitarbeiter am Institut) sieht in seiner Analyse "Chaebol '97: Für Korea zu groß, für die Welt zu klein?" die bisher so erfolgreiche Partnerschaft zwischen Staat, Unternehmern und Arbeitnehmern ins Wanken geraten, beurteilt aber die gegenwärtigen Probleme wohl zu Recht als "unvorhergesehene Folgeerscheinungen der erfolgreichen Lösung vorhergehender Probleme und nicht Ausdruck des Entwicklungsversagens". Die beiden letzten Beiträge hat der Herausgeber *Patrick Köllner* selbst beige-steuert. "Südkoreas Automobilindustrie vor der Jahrtausendwende: Globale Ambitionen und strukturelle Probleme" ist eine detaillierte Fallstudie, in der der Verfasser aufzeigt, wie Südkorea bei seinem rasanten Aufstieg zum fünftgrößten Automobilhersteller der Welt einerseits erhebliche Überkapazitäten aufgebaut hat und andererseits auch aus der Technologieabhängigkeit von Japan nicht herausfindet. Besonderen Dank verdient Köllner aber für die Darstellung "Konfuzianismus und Wirtschaftsentwicklung in Korea: Eine integrative Übersicht über die Literatur". Bei diesem oft mit mehr Emotion als Sachkenntnis diskutierten Thema weist er auf den Widerspruch hin, daß der Konfuzianismus traditionell – von Max Weber ausgehend – als Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung begriffen wurde, bis man ihn plötzlich als "komparativen Kostenvorteil" der ostasiatischen Länder entdeckte. Zu Recht betont er, daß es – wie bei anderen Normensystemen auch – weitgehend auf die jeweils angewandte Interpretation ankomme. Für Wirtschaftsanalyse habe aber neben dem polit-ökonomischen Ansatz auch der kulturorientierte Ansatz seine Eigenberechtigung. Zu Nordkorea kommt zunächst nochmals *Manfred Pohl* (s.o.) zu Wort, und zwar zum Thema "Nordkoreas Wirtschaft 1996/97: Überblick". Trotz der zu beklagenden schmalen Datenbasis gerät dies zu einer dramatischen und überzeugenden Schilderung der fortgesetzten wirtschaftlichen Talfahrt, die jetzt auch den 1995 noch expandierenden Energiesektor erfaßt hat (Schlaglicht: Die U-Bahn in Pyongyang fährt nur noch dreimal am Tag!). Pohl zitiert eine amerikanisch-russische Studie vom August 1997, wonach eine funktionierende Volkswirtschaft zu bestehen aufgehört hat. Dafür verkündete die Führung zum drit-

ten Todestag Kim Il-sungs im Juli 1997 den Beginn einer neuen Zeitrechnung mit Kims Geburtsjahr 1912 als "Jahr 1". Für ein dramatisches Finale sorgt *Aidan Foster-Carter* (Universität Leeds) mit der provokanten Frage "How Long Can North Korea Go on like This?". Er bekennt sich als "collapsionist" und gibt die ebenso provozierende Antwort "Why not 2000?"

Mit der schon erwähnten Bibliographie und einigen Tabellen im Anhang liegt hier ein äußerst informatives und lesenswertes Buch vor.

*Karl Leuteritz*

*Rupert F.J. Pritzl*

### **Korruption und Rent-Seeking in Lateinamerika**

Zur Politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme

Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1997, 338 S., DM 78,--

Seit einigen Jahren wird dem Problem der Korruption vermehrte politische Aufmerksamkeit zuteil. Dies rührt nicht daher, daß sich die Ausmaße dieses weltweit anzutreffenden Phänomens in jüngster Zeit merklich vergrößert haben, sondern geht primär auf veränderte internationale Rahmenbedingungen zurück, unter denen das Ende des Ost-West-Gegensatzes als wichtigster Faktor gelten kann: Die globale Rivalität um Verbündete und Einflußzonen im Zeichen des Kalten Krieges folgte einem primär realpolitischen Kalkül, das auch auf Seiten des Westens die Kooperation mit einer Reihe maroder Regime implizierte, deren undemokratischer Charakter und systematische *bad governance* aus geopolitisch-strategischen Gründen weitgehend ignoriert wurden. Die von derlei Rücksichtnahmen befreite neue Haltung gegenüber dem Korruptionsproblem kommt u.a. in dem vor kurzer Zeit von der OECD gefaßten Beschluß zum Ausdruck, der die (von vielen westlichen Firmen im internationalen Wettbewerb häufig praktizierte) Bestechung fremder Amtsträger zu einem Straftatbestand erklärt.

Auch wenn das Thema schon zuvor das Interesse von Sozialwissenschaftlern zu wecken vermochte, hat die veränderte Einschätzung der Korruption im öffentlichen Diskurs auch in der Forschung verstärkte Bemühungen zur Analyse des Phänomens ausgelöst.

Die hier anzuzeigende Monographie, die sich der Korruption im lateinamerikanischen Raum widmet, beruht auf der Dissertation des Verfassers. Pritzl möchte in seiner Untersuchung den Nachweis erbringen, daß Korruption und Rent-Seeking in vielen autoritären Systemen von den Regierenden systematisch praktiziert werden, um sich an der Macht zu halten und persönlich zu bereichern. Er vermutet in solchen Praktiken die wesentlichen Ursachen für die ausbleibenden Entwicklungserfolge bzw. die anhaltende Unterentwicklung. Da ihn primär die entwicklungsschädlichen Auswirkungen des Rent-Seeking unter